

Antrag 37/II/2023**Jusos Landesvorstand****Der Landesparteitag möge beschließen:****Eine grüne und offene Mitte für Berlin!**

1 Im Herzen der Berliner Stadtmitte, zwischen Fernsehturm
 2 und Spree, befindet sich das 7,2 Hektar große Rathaus-
 3 und Marx-Engels-Forum. Geprägt ist diese Fläche nicht
 4 nur durch historische Gebäude wie die Marienkirche und
 5 das Rote Rathaus, sondern auch durch eine starke Bo-
 6 denversiegelung und wenig Grün. In einem breiten Bür-
 7 ger*innendialog von 2015 bis 2021 verständigten sich die
 8 über 10.000 Teilnehmenden auf zehn Bürger*innenleitli-
 9 nien, um den Ort erholsamer, bürger*innennäher und kli-
 10 maresilienter zu gestalten. Ein Planungswettbewerb för-
 11 derte anschließend einen passenden Entwurf für die Neu-
 12 gestaltung der Fläche zu Tage. Die Vorplanung ist be-
 13 reits abgeschlossen, Ende 2024 soll mit bauvorbereiten-
 14 den Maßnahmen begonnen werden. Gebaut werden wür-
 15 de voraussichtlich bis 2030. Die Kosten des Projekts belau-
 16 fen sich auf 33,9 Millionen Euro, von denen ca. 20 Millio-
 17 nen Euro von der GRW-Bundesförderung getragen wer-
 18 den. Nun droht das Projekt allerdings zu scheitern. Mit
 19 dem neuen schwarz-roten Senat verschwand die Unter-
 20 stützung für das langjährige Vorhaben. Statt einer offe-
 21 nen Fläche, spricht sich die Berliner CDU für die Bebauung
 22 des Areals aus, um die „historische Struktur der Berliner
 23 Mitte wieder sichtbar zu machen“ (Wahlprogramm der
 24 CDU zu den Wahlen 2021 und 2023). Die SPD-Fachgruppe
 25 hat sich in den Koalitionsverhandlungen nicht mit ihrem
 26 Vorschlag durchgesetzt, das Projekt zügig umzusetzen.
 27 Taucht das Projekt nicht im Doppelhaushalt 2024/2025
 28 auf, müsste der Planungsprozess abgebrochen werden,
 29 was möglicherweise zum Abbruch des Projekts führen
 30 würde.

31
 32 Ein Scheitern des Projekts wäre in vielerlei Hinsicht fa-
 33 tal für Berlin. Der fortschreitende Klimawandel erfor-
 34 dert dringend Anpassungsmaßnahmen, um Hitzewellen
 35 und Starkregenereignisse abzufedern. Die geplante offe-
 36 ne Mitte begegnet diesen beiden Herausforderungen mit
 37 zusätzlichen 160 schattenspendenden Bäumen und einer
 38 neu entsiegelten Fläche von 5000qm, auf der Regenwas-
 39 ser versickern kann. Welche klimatische Bedeutung das
 40 Areal hat, zeigt auch der Berliner Umweltatlas, in dem das
 41 Areal als Fläche höchster Schutzwürdigkeit ausgegeben
 42 wird. Das Projekt abubrechen, wäre ein herber Schlag für
 43 den klimaresilienten Umbau unserer Stadt.

44
 45 Öffentlich zugängliche Flächen bieten wichtige Begeg-
 46 nungsräume für alle Menschen. Damit sie gerne genutzt
 47 werden, müssen sich diese Räume ständig im Sinne der
 48 Bürger*innen weiterentwickeln. Im Entwurf sind ein Spiel-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Im Herzen der Berliner Stadtmitte, zwischen Fernsehturm
 und Spree, befindet sich das 7,2 Hektar große Rathaus-
 und Marx-Engels-Forum. Geprägt ist diese Fläche nicht
 nur durch historische Gebäude wie die Marienkirche und
 das Rote Rathaus, sondern auch durch eine starke Bo-
 denversiegelung und wenig Grün. In einem breiten Bür-
 ger*innendialog von 2015 bis 2021 verständigten sich die
 über 10.000 Teilnehmenden auf zehn Bürger*innenleitli-
 nien, um den Ort erholsamer, bürger*innennäher und kli-
 maresilienter zu gestalten. Ein Planungswettbewerb för-
 derte anschließend einen passenden Entwurf für die Neu-
 gestaltung der Fläche zu Tage. Die Vorplanung ist be-
 reits abgeschlossen, Ende 2024 soll mit bauvorbereiten-
 den Maßnahmen begonnen werden. Gebaut werden wür-
 de voraussichtlich bis 2030. Die Kosten des Projekts belau-
 fen sich auf 33,9 Millionen Euro, von denen ca. 20 Millio-
 nen Euro von der GRW-Bundesförderung getragen wer-
 den. Nun droht das Projekt allerdings zu scheitern. Mit
 dem neuen schwarz-roten Senat verschwand die Unter-
 stützung für das langjährige Vorhaben. Statt einer offe-
 nen Fläche, spricht sich die Berliner CDU für die Bebauung
 des Areals aus, um die „historische Struktur der Berliner
 Mitte wieder sichtbar zu machen“ (Wahlprogramm der
 CDU zu den Wahlen 2021 und 2023). Die SPD-Fachgruppe
 hat sich in den Koalitionsverhandlungen nicht mit ihrem
 Vorschlag durchgesetzt, das Projekt zügig umzusetzen.
 Taucht das Projekt nicht im Doppelhaushalt 2024/2025
 auf, müsste der Planungsprozess abgebrochen werden,
 was möglicherweise zum Abbruch des Projekts führen
 würde.

Ein Scheitern des Projekts wäre in vielerlei Hinsicht fa-
 tal für Berlin. Der fortschreitende Klimawandel erfor-
 dert dringend Anpassungsmaßnahmen, um Hitzewellen
 und Starkregenereignisse abzufedern. Die geplante offe-
 ne Mitte begegnet diesen beiden Herausforderungen mit
 zusätzlichen 160 schattenspendenden Bäumen und einer
 neu entsiegelten Fläche von 5000qm, auf der Regenwas-
 ser versickern kann. Welche klimatische Bedeutung das
 Areal hat, zeigt auch der Berliner Umweltatlas, in dem das
 Areal als Fläche höchster Schutzwürdigkeit ausgegeben
 wird. Das Projekt abubrechen, wäre ein herber Schlag für
 den klimaresilienten Umbau unserer Stadt.

Öffentlich zugängliche Flächen bieten wichtige Begeg-
 nungsräume für alle Menschen. Damit sie gerne genutzt
 werden, müssen sich diese Räume ständig im Sinne der
 Bürger*innen weiterentwickeln. Im Entwurf sind ein Spiel-

49 platz, Flächen zur Freizeitgestaltung für Jugendliche und
 50 Erwachsene und ein neu gestalteter Rathausplatz als Fo-
 51 rum der Demokratie geplant. So kann das Areal zu einem
 52 Ort des Austausches für alle Alters- und Interessensgrup-
 53 pen wachsen. Mit den Bebauungsplänen der CDU wäre
 54 dieser offene Raum bedroht, der öffentliche Zugang wä-
 55 re mutmaßlich eingeschränkt.

56
 57 Eine lebendige Demokratie zeichnet sich dadurch aus,
 58 dass Menschen das Gefühl haben, eingebunden zu sein
 59 in die Entscheidungsprozesse. Umso fataler ist es jedoch,
 60 wenn diese Menschen das Gefühl haben, dass ihre Beiträ-
 61 ge und Teilnahme an Beteiligungsverfahren nicht berück-
 62 sichtigt werden. Es wäre aus demokratischer Sicht sehr be-
 63 denklich, wenn die über 10.000 Teilnehmenden mit ihren
 64 Ideen zur Neugestaltung des Rathaus- und Marx-Engels-
 65 Forums schließlich nicht gehört würden und ein neuer
 66 Ideenwettbewerb ohne eine solch breite Beteiligung in
 67 der Bevölkerung ausgelobt werden würde.

68
 69 Zudem wurden bereits kostenintensive Planungsleistun-
 70 gen erbracht. Beim Abbruch des Projekts müssten Verträ-
 71 ge mit den Planungsbüros gekündigt werden, was Ent-
 72 schädigungsklagen nach sich ziehen könnte. Somit kann
 73 im Falle des Planungsabbruchs auch von einem finanziel-
 74 len Schaden ausgegangen werden.

75 Aus diesen Gründen fordern wir,

- 76 • dass die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und
 77 der Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohn-
 78 nen sich in den Haushaltsverhandlungen mit aller
 79 Kraft dafür einsetzen, dass die Finanzierung und da-
 80 mit der Fortbestand des Projekts gesichert werden.
- 81 • dass die SPD Berlin sich für die Fortsetzung der Neu-
 82 gestaltung des Rathaus- und Marx-Engels-Forums
 83 im Sinne einer klimaresilienten und bürger*innen-
 84 nahen Stadtmitte stark macht und dabei eine Be-
 85 bauung der Fläche entschieden ablehnt.

86

87

platz, Flächen zur Freizeitgestaltung für Jugendliche und
 Erwachsene und ein neu gestalteter Rathausplatz als Fo-
 rum der Demokratie geplant. So kann das Areal zu einem
 Ort des Austausches für alle Alters- und Interessensgrup-
 pen wachsen. Mit den Bebauungsplänen der CDU wäre
 dieser offene Raum bedroht, der öffentliche Zugang wä-
 re mutmaßlich eingeschränkt.

Eine lebendige Demokratie zeichnet sich dadurch aus,
 dass Menschen das Gefühl haben, eingebunden zu sein
 in die Entscheidungsprozesse. Umso fataler ist es jedoch,
 wenn diese Menschen das Gefühl haben, dass ihre Beiträ-
 ge und Teilnahme an Beteiligungsverfahren nicht berück-
 sichtigt werden. Es wäre aus demokratischer Sicht sehr be-
 denklich, wenn die über 10.000 Teilnehmenden mit ihren
 Ideen zur Neugestaltung des Rathaus- und Marx-Engels-
 Forums schließlich nicht gehört würden und ein neuer
 Ideenwettbewerb ohne eine solch breite Beteiligung in
 der Bevölkerung ausgelobt werden würde.

Zudem wurden bereits kostenintensive Planungsleistun-
 gen erbracht. Beim Abbruch des Projekts müssten Verträ-
 ge mit den Planungsbüros gekündigt werden, was Ent-
 schädigungsklagen nach sich ziehen könnte. Somit kann
 im Falle des Planungsabbruchs auch von einem finanziel-
 len Schaden ausgegangen werden.

Aus diesen Gründen fordern wir,

- dass die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und
**die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klima-
 schutz und Umwelt** sich in den Haushaltsverhand-
 lungen mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Fi-
 nanzierung und damit der Fortbestand des Projekts
 gesichert werden.
- dass die SPD Berlin sich für die Fortsetzung der Neu-
 gestaltung des Rathaus- und Marx-Engels-Forums
 im Sinne einer klimaresilienten und bürger*innen-
 nahen Stadtmitte stark macht und dabei eine Be-
 bauung der Fläche entschieden ablehnt.